

Fax vom 6.4.05

1) Sehr wahrscheinlich heute abend (Mi.) von 18,45 bis 19,45 in der "Landesschau SWR-BW" die neulich wegen dem Papst-Tod abgesetzte Sendung mit dem Umweltmediziner Dr. Joachim Mutter (Autor des Buches: "Amalgam: Risiko für die Menschheit") als Haupt-Thema dieser einstündigen Magazin-Sendung; Thema: nicht Amalgam, sondern Mobilfunk!

2) Morgen auf HR3 um 23,30: Gesundheitsreportage "Angst vorm Essen",

Handy-Fotos vom toten Papst

3) Auch vor dem verstorbenen Pontifex macht die sprichwörtliche Handy-Manie der Italiener nicht Halt
<http://focus.msn.de/hps/foi/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=13263>

4) **Saarland will Autoschilder automatisch erfassen** *Der Hammer des Tages!*
SPD-Opposition warnt: „Nächste Stufe zum Überwachungsstaat“ - In Rheinland-Pfalz unzulässig

SAARBRÜCKEN/MAINZ (ddp/jum/ros/wif). Die saarländische Landesregierung plant, an Autobahnen und Landesstraßen Geräte aufzustellen, die die Kennzeichen vorbeifahrender Autos mit der Fahndungsdatei abgleichen. Bei der Opposition stößt dieses Vorhaben auf Bedenken. Rheinland-Pfalz hat solchen Überwachungs-Überlegungen eine Absage erteilt.

Eine automatische Videoerfassung von Auto-Kennzeichen soll durch eine Änderung des Polizeigesetzes ermöglicht werden, erläuterte ein Sprecher des Saarbrücker Innenministeriums auf Anfrage. Die Daten sollten nur dann gespeichert werden, wenn ein Kennzeichen erfasst werde, nach dem gefahndet werde. Ziel sei es, schnellere Fahndungserfolge zu erzielen.

Beispielhaft verwies der Sprecher auf Drogenkontrollen im Umfeld von Großveranstaltungen oder auf Strecken, die erfahrungsgemäß von Waffenhändlern genutzt würden. Derzeit müsse ein beispielsweise auf einer Brücke postierter Polizeibeamter die Kennzeichen verdächtiger Fahrzeuge eingeben. Noch stehe man allerdings am Anfang der Reform-Überlegungen. Mit einer entsprechenden Änderung des Polizeigesetzes sei nicht vor dem kommenden Jahr zu rechnen.

Kritik wurde bei der Saar-Opposition laut: Die innenpolitische Sprecherin der SPD, Cornelia Hoffmann-Bethscheider, bezeichnete das Vorhaben als „nächste Stufe zum Überwachungsstaat“. Sie warnte vor der zunehmenden Einführung von Überwachungsmöglichkeiten im Saarland. Dies ersetze nicht die Arbeit der Polizei. Es könne nicht sein, dass das Land Polizei abbaue „und dafür Überwachungskameras aufstellt“. Entscheidend sei, dass es Konzepte gebe, um die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen.

FDP-Fraktionsvize Karl-Josef Jochem begrüßte die geplante Maßnahme als Erleichterung bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Gleichzeitig forderte er aber genaue gesetzliche Festlegungen darüber, wann die Überwachungsgeräte eingesetzt werden dürfen und wie der Umgang mit den Daten kontrolliert werden kann. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die automatische Erfassung „als Beginn eines Überwachungsstaates interpretiert werde“.

In Rheinland-Pfalz hatte im Jahr 2003 der Datenschutzbeauftragte Walter Rudolf darauf hingewiesen, dass das reformierte Polizeigesetz des Landes die verdachtsunabhängige Überwachung von Auto-Kennzeichen zulasse, obwohl sich der damalige Innenminister Walter Zuber (SPD) und die SPD-Fraktion klar gegen solche verdeckten Massenerhebungen ausgesprochen hatten. Daraufhin wurde das Polizeigesetz so geändert, dass Kfz-Kontrollen ohne Anlass unzulässig sein sollen und auch die Einrichtung von Dauerkontrollstellen nicht erfolgen darf.

Als erstes Bundesland hatte Hessen Ende vergangenen Jahres ein neues Polizeigesetz verabschiedet, das die automatische Videoüberwachung von Autokennzeichen vorsieht. Derzeit laufe die Beschaffung der erforderlichen Geräte, ihr Einsatz solle im Laufe des Jahres erfolgen, so das hessische Innenministerium. Bayern hatte die Kennzeichen-Erfassung bereits 2003 in einem Modellversuch getestet, dabei waren an zwei Grenzübergängen zu Tschechien die Kennzeichen der Fahrzeuge aller Einreisenden automatisch abgelesen und mit Fahndungsdaten abgeglichen worden. Derzeit sei man dabei, für einen landesweiten Einsatz solcher Geräte die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, erklärte das Innenministerium in München.

Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hatte sich bereits im vergangenen Jahr über solche Vorstöße der Länder besorgt gezeigt: Die anlassfreie Kfz-Kennzeichen-Erfassung könne sich zu einer tiefgehenden Überwachung aller Bürger entwickeln.

MUELLEJ / MUELLEJ

Quelle: Publikation: DIE RHEINPFALZ Regionalausgabe: Bad Dürkheimer Zeitung

Datum: Nr.79 Datum: Mittwoch, den 06. April 2005 Seite: Nr.10